RESSORTBERICHT

Ressortinhaberin: Regierungsrätin Rita Kieber-Beck

Neben verschiedenen internationalen und regionalen Aktivitäten bildeten im Bereich Familie die Erarbeitung des neuen Kinder- und Jugendgesetzes sowie die Vorarbeiten zur Beantwortung des Postulates über die Familienförderung Schwerpunkte.

Im Bereich Chancengleichheit wurde der neunte Umsetzungsplan des Massnahmenkataloges von der Regierung verabschiedet. Der erste Preis des Chancengleichheitspreises 2006 ging an die infra, Informations- und Kontaktstelle für Frauen in Schaan. Im Juli 2006 trat im Rahmen der Umsetzung der Richtlinie 2002/73/EG die Teilrevision des Gesetzes über die Gleichstellung von Frau und Mann sowie des Arbeitvertragsrechtes in Kraft.

Familie

Neues Kinder- und Jugendgesetz

Im Januar fand eine Medienorientierung betreffend das neue Kinder- und Jugendgesetz statt, welches im Dezember 2005 in die Vernehmlassung geschickt wurde. Der Gesetzesentwurf wurde - wo möglich - unter Berücksichtigung der vielfältigen Rückmeldungen überarbeitet. Es ist vorgesehen, den Landtag im ersten Halbjahr 2007 mit der Gesetzesvorlage zu befassen.

Postulat über die Familienförderung

Am 17. Mai hat der Landtag das Postulat über die Familienförderung an die Regierung überwiesen. Darin wird die Regierung eingeladen, verschiedene vielschichtige sozialpolitische Fragestellungen zu untersuchen. Ebenso soll die Beantwortung der Komplexität der familienpolitischen Herausforderungen sowie der besonderen Situation Liechtensteins Rechnung tragen und sich an liberalen Grundsätzen und Prinzipien der Gleichheit sowie der Freiwilligkeit orientieren. Aufgrund des umfassenden interdisziplinären Ansatzes, des sehr komplexen Auftrages als auch des damit einhergehenden entsprechend aufwändigen Abklärungs- und Koordinationsaufwandes wurde die Postulatsbeantwortung auf voraussichtlich Juni 2007 verschoben.

Interpellation betreffend Familie und Beruf in Liechtenstein

Die Regierung hat die Beantwortung der Interpellation betreffend Familie und Beruf in Liechtenstein zuhanden des Landtags am 31. Oktober verabschiedet. Die Interpellationsbeantwortung wurde an der November-Landtagssitzung zur Kenntnis genommen.

Chancengleichheit

Motion betreffend die Integration von ausländischen Staatsangehörigen in Liechtenstein

Der Landtag hat am 15. März 2006 eine Motion betreffend die Integration von ausländischen Staatsangehörigen in Liechtenstein an die Regierung überwiesen. Diese hat im April 2006 die Stabsstelle für Chancengleichheit beauftragt, zuhanden der Regierung einen Projektantrag bzw. ein Konzept im Hinblick auf die Ausarbeitung der mit dieser Motion beantragten gesetzlichen Regelungen zu unterbreiten und vorgängig mit der Kommission für Chancengleichheit abzustimmen. Im Zuge der Erörterung der Thematik hat sich ergeben, dass mit der Revision des Landesbürgerrechts sowie der Ausarbeitung eines liechtensteinischen Ausländergesetzes die in der Motion formulierten Forderungen und Ziele im Hinblick auf die Integration von Ausländerinnen und Ausländern in wesentlichen Punkten umgesetzt werden könnten. Die Stabsstelle für Chancengleichheit nimmt dabei Koordinationsaufgaben wahr.

Teilrevision des Gesetzes über die Gleichstellung von Frau und Mann

Die Regierung hat einen Bericht und Antrag zur Abänderung des Gesetzes über die Gleichstellung von Frau und Mann sowie des Arbeitsvertragsrechts zuhanden des Landtags verabschiedet. Damit wird die Richtlinie 2002/73/EG, welche die Verwirklichung der grundsätzlichen Gleichbehandlung von Männern und Frauen hinsichtlich des Zugangs zur Beschäftigung, zur Berufsausbildung und zum beruflichen Aufstieg sowie in Bezug auf die Arbeitsbedingungen zum Inhalt hat, umgesetzt. Kerninhalt der Richtlinie ist die Festlegung eines gemeinsamen Konzepts, um das Ziel der Gleichstellung von Frauen und Männern bei der Formulierung und Umsetzung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften, Politiken und Tätigkeiten aktiv zu berücksichtigen.

Umsetzung der Aktionsplattform im Fürstentum Liechtenstein 2006 - Massnahmenkatalog

Der neunte Umsetzungsplan zur Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann, zur Integration von Ausländerinnen und Ausländern, zu den Bereichen Behinderung, soziale Benachteiligung und sexuellen Orientierung wurde im März von der Regierung genehmigt.

Veranstaltungen/Treffen

«Ländergender»-Tagung

Um eine optimale regionale Umsetzung von Gender Mainstreaming voran zu treiben, entschlossen sich die Landesregierungen von Vorarlberg, Liechtenstein und St. Gallen zur Gründung einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Form des Interreg IIIA-Projektes «Ländergender». Im Rahmen einer Tagung im Vorarlberger Landhaus in Bregenz am 13. Januar, unter der Teilnahme von Regierungsrätin Rita Kieber-Beck, Liechtenstein, Regierungspräsident Willi Haag, St. Gallen, Regierungsrätin Kathrin Hilber, St. Gallen, Landesrätin Greti Schmid, Vorarlberg, sowie Führungskräften der beteiligten Verwaltungen wurden jene Umsetzungsbeispiele vorgestellt, die während des Projekts entwickelt worden sind, und die gewonnenen Erfahrungen ausgetauscht.

Chancengleichheitspreis 2006
Am Internationalen Tag der Frau, am 8. März, überreichte die Ressortinhaberin die Anerkennungspreise an die Gewinnerinnen und Gewinner. Mit dem ersten Preis ausgezeichnet wurde die infra, Informations- und Kontaktstelle für Frauen in Schaan für das Projekt «Familien-ManagerInnen - Unterwegs zur Anerkennung». Weitere Preise erhielten das Projekt «deine - meine = unsere Sprache», vom Verein Kindertagesstätten Liechtenstein, sowie «Chancengleichheit an der Hochschule», eingereicht von der Kommission für Chancengleichheit an der Hochschule Liechtenstein.

Austauschtreffen
Beim Treffen der Ressortinhaberin mit der Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann im März des Berichtsjahres wurden bereits umgesetzte sowie geplante Massnahmen diskutiert. Ein Schwerpunkt bildete die Thematik der verstärkten Mitwirkung von Frauen in politischen Gremien sowie die Jubiläumsveranstaltung vom 3. Juli. Ein weiteres Treffen - mit den neuen und scheidenden Mitgliedern der Kommission - fand am 18. August statt.

Jugendprojektwettbewerb
Liechtenstein, Vorarlberg und St. Gallen führten im Berichtsjahr zum zweiten Mal den Jugendwettbewerb durch, welcher in den drei Regionen separat durchgeführt und prämiert wird. Der regionale Präsentationsabend in Triesenberg wurde am 12. Mai von Regierungsrätin Rita Kieber-Beck eröffnet. Das Finale des interregionalen Jugendwettbewerbs, für welches die besten Projekte aus Vorarlberg, St. Gallen und Liechtenstein nominiert wurden, fand am 10. Juni in Schaan statt. Regierungsrätin Kieber-Beck, Regierungsrätin Kathrin Hilber, St. Gallen, sowie die Vorarlberger Landesrätin Greti Schmid eröffneten gemeinsam die Veranstaltung.

Regierungstreffen und Jubiläumsveranstaltung
Im Rahmen eines Austauschtreffens zum Thema «Gleichstellung von Frau und Mann» empfing Regierungsrätin Rita Kieber-Beck am 3. Juli ihre Amtskolleginnen Kathrin Hilber (Regierungsrätin St. Gallen), Greti Schmid (Landesrätin Vorarlberg) und ihren Amtskollegen Claudio Lardi (Regierungspräsident Graubünden) in Vaduz. Besprochen wurden verschiedene grenzüberschreitende Projekte und Fragen der aktuellen Gleichstellungspolitik. Nach dem Ende des offiziellen Teils wurde gemeinsam die Jubiläumsveranstaltung «20 Jahre Gleichstellungskommission» und «10 Jahre Stabsstelle für Chancengleichheit» besucht, welche von der Ressortinhaberin feierlich eröffnet wurde.

Workshop «Vereinbarkeit Familie und Beruf»
Am 31. August fand auf Einladung und unter Mitwirkung von Regierungsrätin Rita Kieber-Beck ein Workshop zum Thema «Vereinbarkeit Familie und Beruf» in der Hochschule Liechtenstein statt. Experten und Expertinnen aus Liechtenstein, Österreich, der Schweiz und Deutschland tauschten Erfahrungen aus und entwarfen Ideen zu familienfreundlichen Modellen und Massnahmen.

AMTSSTELLE

Kinder- und Jugenddienst (Amt für Soziale Dienste)

Amtsleiter: Dr. Marcus Büchel

Die Klientenzahl hat sich verringert, was auf verminderte Betreuungen im Jugendschutzbereich zurückzuführen ist. Das Thema der Vereinbarkeit von Familie und Beruf stand im Mittelpunkt des politischen Interesses. Die Europaratskampagne gegen Fremdenfeindlichkeit «alle anderscht-alle gliich» wurde mit reger Beteiligung durchgeführt. Für die Kinderrechtskonvention fand die 2. Berichterstattung bei der UNO in Genf statt.

Allgemeine Kinder- und Jugendangelegenheiten

Internationale Aktivitäten

UNO / Kinderrechtskonvention
Im Sinne des Artikels 12 der Kinderrechtskonvention, der Kindern und Jugendlichen das Recht auf Meinungsbildung und auf Anhörung zubilligt, wird jährlich im Herbst die «Zualosa-Bank» veranstaltet. Über 150 Kinder aus den Gemeinden Triesen, Triesenberg, Vaduz, Schaan, Eschen/Nendeln und Schellenberg haben den Zuhörern und Zuhörerinnen ihr Herz ausgeschüttet. In den Gemeinden Triesenberg und Schellenberg stellten sich auch die Vorsteher, in Schaan der Vizevorsteher als Zuhörende zur Verfügung. Neben der «Zualosa-Bank» wurden verschiedene Aktionen zum Thema Kinderrechte und Solidarität mit Kindern in der Welt durchgeführt, von Luftballon- bis Spendenaktionen. In Eschen/Nendeln veranstaltet die Jugendarbeit am 19. November 2006 die Aktion «Trau Di», bei welcher neben der «Zualosa-Bank» auch gestalterisches Tun im Vordergrund stand. Ebenfalls am 19. November 2006 wurde Kindern auf dem Abenteuerspielplatz Dräggspatz ein Mikrofon zur Verfügung gestellt, um sich gegenseitig zu interviewen. Die aufgezeichneten Kinderaussagen wurden an Radio Liechtenstein weitergegeben und in die Kindersendung «Kids & Co» eingebaut.

Am 13. Januar 2006 behandelte der UNO-Ausschuss für die Rechte des Kindes den zweiten Länderbericht Liechtensteins in Form eines Hearings. Liechtenstein entsandte eine Delegation nach Genf mit Vertretern der Diplomatie und der verschiedenen Fachbereiche (Schulamt, Ausländer- und Passamt, Staatsgericht, Staatsanwaltschaft,

Auswärtiges Amt). Vom Amt für Soziale Dienste waren zwei Mitarbeiterinnen des Kinder- und Jugenddienstes delegiert. In seinen abschliessenden Bemerkungen zeigt sich der Ausschuss erfreut über positive Entwicklungen wie z.B. die getroffenen Massnahmen zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, die verschärften Strafbestimmungen für Sexualdelikte gegen Minderjährige, die angestrebte Entkriminalisierung von straffälligen Jugendlichen durch den Einsatz aussergerichtlicher Massnahmen oder die bereits angelaufene Kampagne zur Drogen- und Alkoholprävention. Der Ausschuss ist der Ansicht, dass mit dem Inkrafttreten des neuen Kinder- und Jugendgesetzes, bei dessen Ausarbeitung explizit darauf geachtet wurde, die zentralen Bestimmungen der Kinderrechtskonvention umzusetzen, weitere Verbesserungen erreicht werden können. Insbesondere die beabsichtigte Einsetzung einer Ombudsperson für Kinder ist ein zentrales Anliegen des Ausschusses. Weitere Empfehlungen betreffen unter anderem die explizite Verankerung des Verbots von körperlicher Züchtigung von Kindern im Gesetz, die Festlegung einer maximalen Dauer der Untersuchungshaft für Minderjährige, die verstärkte Kontrolle von in ausländischen Institutionen platzierten Kindern und verbesserte Prävention von und Betreuung bei Jugendschwangerschaften.

Europarat

Der Jugendausschuss des Europarates (CDEJ) initiierte eine Kampagne für 2006/07 unter dem Motto «all different – all equal». Ziel der Kampagne ist es, Jugendliche zu ermutigen und zu befähigen, am Aufbau friedlicher Gesellschaften, die auf Verschiedenheit und Inklusion basieren, mitzuwirken. Die neue Kampagne knüpft an die ebenfalls vom Europarat vor zehn Jahren durchgeführten Kampagne gegen Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz, die in Liechtenstein unter dem Namen «alle anderscht – alle gliich» bekannt wurde, an.

Am 8. April 2006 fand der Startschuss für die Kampagne im Jugendcafé Camäleon statt. Informationen zur Zielsetzung der Kampagne erfolgten über Medien und Veranstaltungen. Pins und T-Shirts mit dem Logo «alle anderscht-alle gliich» wurden produziert und verteilt. Sechs Schul- und Jugendprojekte kamen zustande, welche an der Abschlussveranstaltung im Februar 2007 vorgestellt und prämiert werden. Darüber hinaus stellte die Landesbibliothek im Oktober 2006 einen Bücherstand zum Thema bereit. Zwei Mitarbeiter des Kinder- und Jugenddienstes wirkten im Rahmen der Gesundheitstage an den weiterführenden Schulen in Triesen mit einem Workshop zum Thema «Vorurteile?-alle anderscht-alle gliich» mit.

Arbeitsgruppe gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit

Eine Mitarbeiterin koordiniert die Tätigkeiten dieser Arbeitsgruppe mit den Aktivitäten des Amtes in diesem Bereich. Der Jahresbeginn war geprägt von der Durchführung des ersten Holocaust-Gedenktages sowie der Plakatkampagne «Ohne Ausgrenzung». Ziel der Kampagne, welche 15 verschiedene Plakat-Sujets umfasste, war eine Sensibilisierung der breiten Öffentlichkeit in Bezug auf ethnisch-kulturelle Ausgrenzung. Das Schwerpunktthema der Arbeitsgruppe «Sensibilisierung Jugendlicher» ergänzte gut die neue Europaratskampagne «alle anderscht – alle gliich».

EU/EWR / Europäisches Jahr der Chancengleichheit für alle

Nahtlos an die Europaratskampagne fügt sich das vom EWR für 2007 ausgerufene «Jahr der Chancengleichheit für alle» an. Das Europäische Jahr will die Botschaft verbreiten, dass alle Menschen Anspruch auf Gleichbehandlung haben, unabhängig von Geschlecht, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Ausrichtung. Dem Amt für Soziale Dienste und der Stabsstelle für Chancengleichheit obliegen die Federführung. Das Amt will als eigenen Beitrag zwei themenbezogene Studien einbringen: Zum einen eine Studie über Armut und Benachteiligung, als Replikationsstudie des Armutberichtes aus dem Jahre 1997 und zum anderen die Beteiligung an einer von der Universität St. Gallen durchgeführten Studie, die sich mit Diskriminierung im Alter befasst. Dank dieser Beteiligung wird die Situation unter Senioren und Seniorinnen in Liechtenstein miterhoben.

Im Oktober 2006 wurde ein Informationsabend durchgeführt, an dem über die Ziele informiert wurde und es wurde die Einladung ausgesprochen, Projekte einzureichen. Der Einladung sind acht Interessengruppen und Vereine gefolgt, deren Projekte im Februar 2007 anlässlich der offiziellen Auftaktveranstaltung vorgestellt werden. Die eingereichten Projekte werden von der EU finanziell unterstützt.

Liechtenstein beteiligte sich aktiv am *EU- Programm «Jugend»* (Laufzeit 2000-2006) und kam dadurch in den Genuss von Förderungsmitteln. Diese Projektmittel kommen der Nationalagentur sowie konkreten Jugendprojekten zugute. Das Jugendinformationszentrum «aha - Tipps und Infos für junge Leute» nimmt die Funktion und Aufgaben der Nationalagentur wahr. Der Kinder- und Jugenddienst vertritt die liechtensteinischen Interessen bei der Europäischen Kommission. Eine Mitarbeiterin des Kinder- und Jugenddienstes übt im Auswahlgremium den Vorsitz aus, welcher auf nationaler Ebene über die Vergabe der Liechtenstein zugeteilten Gemeinschaftsmittel entscheidet. Im Berichtsjahr wurden vier Jugendaustauschprojekte, fünf Jugendinitiativen, zwei Zukunftskapitalprojekte und ein Seminar gefördert. Zwölf junge Menschen waren im Rahmen des Europäischen Freiwilligendienstes in einer gemeinnützigen sozialen Organisation im In- und Ausland im Einsatz. Zwölf liechtensteinische Jugendarbeitende nahmen an Weiterbildungsangeboten des Programms teil. Auch wurden Vorbereitungen für die Implementierung des Nachfolgeprogramms getroffen. Das neue Programm trägt die Bezeichnung «Jugend in Aktion» (Laufzeit 2007 bis 2013).

Regionale Zusammenarbeit
Mit dem Kanton St. Gallen und dem Bundesland Vorarlberg wird seit Jahren eine gute Zusammenarbeit im Jugendbereich gepflegt. Neben mehreren Koordinierungstreffen der für die Jugendförderung zuständigen Amtsleiter und Sachbearbeiter stand als Höhepunkt die Durchführung des II. Interregionalen Jugendprojektwettbewerbes auf dem Programm, welches dieses Mal in Liechtenstein mit grossem Erfolg veranstaltet werden konnte. Das «aha - Tipps und Infos für Junge Leute» war, in Zusammenarbeit mit dem Kinder- und Jugenddienst, für die operative Durchführung des liechtensteinischen und des interregionalen Wettbewerbes verantwortlich. Zudem nahmen im Herbst über 140 Personen aus der Jugendarbeit und jugendpolitischen Gremien an der gemeinsam organisierten interregionalen Fachtagung - «Respect» Gewaltprävention in der Jugendarbeit - in Rebstein teil.

Familienpolitik

Im Berichtsjahr ist die Familienpolitik stark in den Vordergrund gerückt. Das Interesse an der Familienpolitik drückte sich sowohl in den Medien als auch im Landtag in Form parlamentarischer Vorstösse aus. Im Landtag wurde ein Postulat über die Familienförderung sowie eine Interpellation betreffend Familie und Beruf eingereicht. Der Kinder- und Jugenddienst war diesbezüglich mit der Bearbeitung verschiedener komplexer Fragestellungen befasst.

Von grosser Bedeutung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist die Tagesbetreuung. Hier war in den letzten Jahren nicht nur eine quantitative Zunahme der Kindertagesstätten zu verzeichnen. Es sind auch mehrere Einrichtungen in Betrieb genommen worden, die sich in ihren Angeboten eigene Profile geben. Für eine gute Versorgung ist nicht nur ein genügendes Angebot an Plätzen zur Verfügung zu stellen, sondern entscheidend für die Nutzung des Angebots sind die Kosten, die den Eltern durch die Inanspruchnahme von Tagesbetreuungsplätzen entstehen.

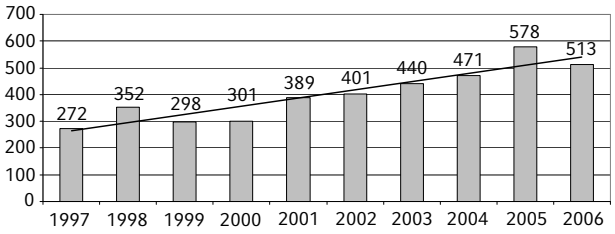
Psychosoziale Versorgung im Kinder- und Jugendbereich
Mit den Kindertagesstätten stand die Abänderung des Tarifsystems (Elternbeiträge) an. Es wurden zwischen dem Vorstand des Vereins Kindertagesstätten und dem Amt bzw. Ressort intensive Verhandlungen geführt, mit dem Ergebnis, dass für die nahe Zukunft die jetzigen Tarife beibehalten werden. Die Finanzierung der Kinderhorte soll aber grundsätzlich überdacht werden, wobei alternative Finanzierungsmodelle überprüft werden sollen.

Im Berichtsjahr wurde eine Adaptierung des Leistungsvertrages mit den Pfadfindern vorgenommen.

Jugendhilfe

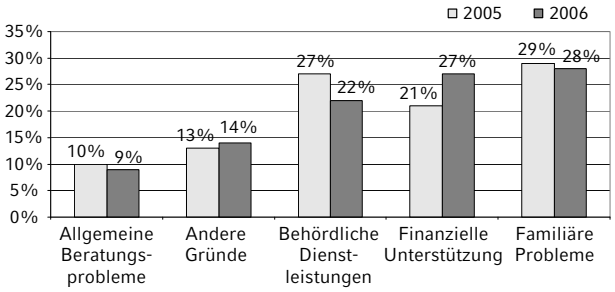
Klientenstatistik und Fallarbeit
Die Klientenzahlen sind absolut von 578 im Jahr 2005 auf 513 im Jahr 2006 gefallen. Dieser Rückgang ist im wesentlichen auf die geringere Fallzahl im Jugendschutz zurückzuführen. Dieser Rückgang lässt sich zum einen damit erklären, dass weniger Anzeigen wegen Jugendgesetzübertretungen eingegangen sind und zum anderen, dass Verstösse gegen die Ausgangsregelungen mehrheitlich nicht mehr im Klientenprogramm erfasst wurden.

Entwicklung der Klienten (Kinder- und Jugenddienste)



Klientenanzahl 1997-2006
Die durchschnittliche Zunahme der Klienten in dem Zeitraum der letzten zehn Jahre beträgt 8% p.a.

Probleme (Kinder- und Jugenddienst 2005 und 2006)



Probleme nach Kategorien 2006

Probleme (Mehrfachnennungen möglich)

ICD-10	Titel	**2006 Nennungen**	2005 Nennungen
Z61+Z62+Z63	Familiäre Probleme Entwicklungspsychologische Probleme (Z61) und Probleme bei der Erziehung (Z62) sowie Probleme in der primären Bezugsgruppe (Z63)	**224**	266
B03+B04	Gründe für die Inanspruchnahme behördlicher Dienstleistungen	**176**	258
C	Finanzielle Unterstützungen	**218**	198
F+Z5+Z60+Z64	Andere Gründe (davon 53 (52) psychische Störungen, 32 (31) Anpassungsprobleme)	**118**	126
V) B01+B02	Allgemeine Beratungsprobleme	**75**	92
Summe		**814**	940

Probleme nach Kategorien

Von familiären Problemen waren 224 Familien betroffen. Diese Gruppe unterteilt sich wie folgt:

a) 150 mit Erziehungsschwierigkeiten (Z62)
   48 Fälle emotionaler bzw. körperlicher Vernachlässigung, unangebrachter elterlicher Druck oder mangelnde Aufsicht;
   39 Belastung der Erziehung durch die Trennungs- und Scheidungssituation der Eltern;
   14 Ablöseprobleme in der Pubertät;
   13 Schwierigkeiten aus einer Stief- bzw. Pflegefamilienproblematik;
   11 Erziehungsschwierigkeiten geprägt durch die Situation Alleinerziehender.
b) 47 Kinder und Jugendliche litten unter Beziehungsproblemen zu ihren Eltern bzw. Stiefeltern, unter Abwesenheit oder Tod von Angehörigen sowie unter den Umständen von Trennung und Scheidung (Z63).
c) 27 Kindern und Jugendlichen mit entwicklungspsychologischen Problemen (Z61).

Sexueller Missbrauch:
2 Verdacht auf sexuellen Missbrauch innerhalb oder ausserhalb der Familie;
7 Verdachtsabklärungen.

*Körp*erliche Misshandlung:
6 Intervention bei körperlicher Misshandlung;
6 Verdachtsabklärungen.

Faktoren, die zur Inanspruchnahme von behördlichen Dienstleistungen führten:
59 (69) Vaterschaftsfeststellungen;
48 (121) pädagogische Gespräche bei Jugendschutzübertretungen;
18 (16) Stellungnahmen / Gutachten bei Besuchsrechtsregelungen bzw. in Obsorgeverfahren;
8 (4) Unterhaltsverträge für ausserehelich geborene Kinder;
7 (7) Amtshilfe für andere Behörden;
7 (4) Beistand in Unterhaltsfragen;
6 (7) Obsorge (Vormundschaft) über Kinder bzw. Jugendlichen;
6 (8) Pflegebewilligungen (neues Pflegebewilligungsgesetz)

Die Kategorie «Finanzielle Unterstützung» (C) gibt die Ausgaben nach Art der Unterstützung und Anzahl der Unterstützten wieder. 145 Klienten erhielten insgesamt 218 Hilfen (Mehrfachhilfen im Einzelfall möglich).

Finanzielle Unterstützung 2006 (Kinder- und Jugenddienst)

		Anzahl finanzielle Hilfen	Betrag in CHF
Ausserhäusliche Tagesbetreuung (Unterstützung an Elternbeitrag)	a) Kindertagesstätte (53 Personen) b) Eltern Kind Forum (12) c) Private Tagesmutter (16)	81	239 625
Familienbegleitung	a) Sozialpädagogische Familienbegleitung (45) b) Begleitetes Besuchsrecht (9)	54	119 660
Pflegeverhältnisse		12	52 557
Sonderhilfen		18	94 722
Stationäre Einrichtung im Ausland	a) Wohnheim, sozialpädagogisches (2) b) Psychiatrie, Suchtklinik (2) c) Schulheim, Internat (5)	9	226 813
Stationäre Einrichtung im Inland	a) JWG (41), b) TWG (3)	44	206 640
Summe		**218**	**940 017**

Psychische Störungen 53 (52), Faktoren, die den Gesundheitszustand beeinflussen und zur Inanspruchnahme von Gesundheitsdiensten führen (davon 22 Probleme in Ausbildung und Bildung) 27 (39), Soziale Umgebung 32 (31) und Psychosoziale Umstände 6 (4).

Allgemeine Beratungsprobleme:
39 (45) Regelung des Besuchsrechtes; 16 (23) Betreuungsplatz und Obsorgefragen;
8 (10) Adoptionswunsch bzw. Fragen zur Adoption.

Korrespondierend zu den geschilderten Problemen wurden folgende Dienstleistungen erbracht:

Unterstützungsarten (Kinder- und Jugenddienst)

	Anzahl	Prozent
Beratung	428	44
Finanzielle Unterstützungen	218	22
Behördliche Dienstleistungen	176	18
Delegierte Betreuung	89	9
Casemanagement	69	7

Ausgewählte Themen

Kinder- und Jugendgesetz

In einer Medienkonferenz des Ressorts wurde die Vernehmlassung des Kinder- und Jugendgesetzes im Januar 2006 gestartet. Das Vernehmlassungsverfahren zum

neuen Kinder- und Jugendgesetz wurde im Juni abgeschlossen. In den zahlreichen Stellungnahmen fanden sich viele gute Hinweise und Anregungen, sowie manche sinnvolle Ergänzungsvorschläge. Der Entwurf zum neuen Kinder- und Jugendgesetz wurde entsprechend überarbeitet. Insbesondere wurden im Kapitel Kinder- und Jugendhilfe die Bestimmungen über die Unterbringung von Kinder und Jugendlichen in geeigneten Einrichtungen sowie über die Meldepflichten grundlegend neu geregelt. Im Frühjahr soll die Gesamtrevision des Jugendgesetzes als Bericht und Antrag für ein Kinder- und Jugendgesetz dem Landtag vorgelegt werden.

Auch in der Schweiz wurde man auf die Vorlage aufmerksam. Der Vernehmlassungsentwurf zum neuen Kinder- und Jugendgesetz stiess bei Delegierten der kantonalen Beauftragten für Kinder- und Jugendförderung in der Schweiz auf grosses Interesse.

Ein Mitarbeiter des Kinder- und Jugenddienstes konnte im November an der Fachtagung «Jugendarbeit im Kanton Zürich» das Kapitel Jugendförderung näher vorstellen. Der Kanton Basel-Stadt möchte unser neues Kinder- und Jugendgesetz zum Vorbild für seine eigene Revision des Jugendgesetzes nehmen.

Jugendarbeitslosigkeit – Projekt «Zünder»

In Kooperation mit der Hochschule Liechtenstein, Institut Entrepreneurchip, der Jugendberatungsstelle «aha - Tipps und Infos für junge Leute» und dem Kinder- und Jugenddienst wurde das Projekt Zünder konzipiert. Zielgruppe dieses Pilotprojektes sind Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 16-22 Jahren, die noch keine Lehr- oder Arbeitsstelle gefunden haben. Die Jugendlichen besuchen einen viertägigen Workshop und erarbeiten im Anschluss eigene Projekte, welche sie bei der Ideenmesse «Birne 07» präsentieren. Bei der Erarbeitung ihrer eigenen Projekte werden die Jugendlichen von der Studentengruppe START unterstützt. Weiters bekommen die Jugendlichen persönliche Mentoren zur Seite gestellt, welche sie bei Suche nach einer Lehr- oder Arbeitsstelle oder der Umsetzung unternehmerischer Gelegenheiten unterstützen. Nach der Konzeptphase soll das Projekt im Januar 2007 starten. Dieses Projekt wird von der Regierung finanziell unterstützt.

Schulsozialarbeit

Das Projekt Schulsozialarbeit ist von der Regierung um ein weiteres Jahr verlängert worden. Das Amt für Soziale Dienste wird deshalb noch eine entsprechende Zeit lang eine Vertreterin in die Projektleitungsgruppe entsenden. Der Abschlussbericht über die Projektevaluation liegt inzwischen vor. Von daher wird es im letzten Jahr vor allem darum gehen, welche Auswirkungen die Empfehlungen des Evaluators haben werden oder welche Anforderungen sich daraus auch für den Kinder- und Jugenddienst ergeben.

Zur Beteiligung des Kinder- und Jugenddienstes bei der Versorgung von Kindern und Jugendlichen, die vom Unterricht ausgeschlossen wurden, wurden dem Schulamt Vorschläge für die weitere Zusammenarbeit unterbreitet. Ein weiterer Austausch aller Beteiligten wurde ins Auge gefasst.

«Coolness-Trainings»

Im Berichtsjahr wurden durch einen Psychologen des Kinder- und Jugneddienstes mit fünf Jugendlichen «Coolness-Trainings» in Einzelsettings durchgeführt. Ziel des Trainings ist es, den Jugendlichen ein Handlungsschema zu vermitteln, das zur Beeinflussung aggressiver Impulse und zur Gewaltvermeidung dient.

Sexueller Missbrauch

Die Fachgruppe befasste sich mit insgesamt 12 Missbrauchsfällen, davon drei aus dem vergangenen Jahr.

Im Berichtsjahr führte die «Fachgruppe gegen Sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen», die von einer Psychologin des Amtes für Soziale Dienste geleitet wird, eine erfolgreiche Fachtagung durch. Sie war dem Thema: «Beurteilung des Realitätsgehalts von Kinderaussagen bei Verdacht auf sexuellen Missbrauch» gewidmet, als Referent konnte Prof. Steller vom Institut für Forensische Psychiatrie in Berlin gewonnen werden. Im Berichtsjahr wurde eine Homepage der Fachgruppe konzipiert, aufgeschaltet und durch Pressearbeit der Öffentlichkeit bekannt gemacht (www.stoppkindsmissbrauch.li). Weiters führte die Leiterin der Fachgruppe zusammen mit der Landespolizei im Rahmen einer dreijährigen Kampagne zwei Referate zum Thema «Kinderpornographie im Internet» durch, hielt zudem einen Vortrag beim Fussballclub Vaduz (Sexuelle Übergriffe im Sport), konnte ca. 250 Schülerinnen und Schüler durch Workshop-Leitung bei den Gesundheitstagen einer weiterführenden Schule in Liechtenstein sensibilisieren und initiierte ein für Primarschulkinder wertvolles Präventionsprogramm, welches im kommenden Jahr in einigen Primarschulen durchgeführt wird.

Gemeinsames Sorgerecht

Die Ausgestaltung elterlicher Verantwortung bei Trennung und Scheidung ist angesichts der hohen Scheidungsrate in Liechtenstein in vielen Familien und damit in verschiedenen Berufsfeldern bei einem breiten Fachpersonenkreis und betroffenen Eltern ein stark diskutiertes Thema.

Das Amt lud im September zu einem Fachvortrag mit Dr. Rainer Balloff, Freie Universität Berlin, zum Thema «Gemeinsames Sorgerecht - Möglichkeiten und Grenzen» ein. Dr. Balloff berichtete von Erfahrungen und Entwicklungen in Deutschland, wo das gemeinsame Sorgerecht seit 1998 der Regelfall ist.

Elternbeiträge bei Platzierungen

Das Schulamt und das Amt für Soziale Dienste erarbeiteten im Auftrag der Regierung ein einheitliches Tarifmodell für die Unterbringung Minderjähriger in

pädagogisch-therapeutischen Einrichtungen und Schulheimen. Die Vorgabe, die unterschiedlichen Elternbeitragsregelungen aneinander anzugleichen und so Ungleichbehandlungen und Fehlsteuerungen zu beseitigen, wurde mit einem neuen, einheitlichen Tarif erfüllt.

Bewilligungspflicht für Pflegeeinrichtungen
Im Rahmen der Aufsichtspflicht gemäss Jugendgesetz überprüfte der Kinder- und Jugenddienst einzelne bestehende Institutionen der ausserhäuslichen Kinderbetreuung. Einer Einrichtung wurde die definitive Betriebsbewilligung erteilt. Insgesamt wurde ein guter Betreuungsstandart festgestellt.

Fachaustausch
Die Leiterin des Kinder- und Jugenddienstes vertrat Liechtenstein an der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Verantwortlichen für Kinderschutz und Jugendhilfe, die im Berichtsjahr zum Themenschwerpunkt «Pflegekinderwesen» in Sissach tagte.

Amtsintern wurde im Berichtsjahr ein Fortbildungsschwerpunkt im Themenbereich «Gutachten» gelegt. Dr. Rainer Haller aus Vorarlberg konnte als Referent zum Thema «Erstellen von Gutachten» und Dr. Rainer Balloff aus Berlin zum Thema «Familienpsychologische Gutachten» für die amtsinterne Fortbildung gewonnen werden.

Jugendschutz

Im Berichtsjahr resultierten 69 Anzeigen gegen Jugendliche wegen Jugendschutzübertretungen.

33 der Anzeigen erfolgten wegen Nichteinhaltung der Ausgangsregelungen. Bei marginalen Ausgangsübertretungen wurden die Eltern mit einem Schreiben auf ihre Verantwortung für die Einhaltung der Jugendschutzbestimmungen hingewiesen. Zudem erhielten die Eltern eine Broschüre mit einer Zusammenfassung der wichtigsten Bestimmungen sowie ein Beratungsangebot. Bei wiederholten Verstössen von Jugendlichen gegen das Jugendgesetz wurden auch wegen Nichteinhaltung der Ausgangsregelungen pädagogische Gespräche geführt.

Bei 36 Übertretungen des Jugendgesetzes wegen Alkohol- und Tabakkonsum wurden die Eltern mit ihrem Kind zu einem pädagogischen Gespräch eingeladen. Anschliessend erfolgte eine Berichterstattung an die Staatsanwaltschaft über erziehungswirksame Massnahmen. In der Folge wurde in der Regel das Strafverfahren eingestellt.

Dem Amt für Soziale Dienste wurden auch Jugendstraftaten von der Landespolizei gemeldet (Diebstahl (9), Raub (2), Sachbeschädigung (4), Körperverletzung (8), Gefährliche Drohung (1), Hehlerei (5), Raufhandel (1), Urkundenunterdrückung (1), unbefugter Gebrauch von Fahrzeugen (1) – teilweise Mehrfachnennungen). Zudem wurden auch Betäubungsmittelgesetzübertretungen (2), Verstösse von Jugendlichen gegen die Verkehrsordnung (9), gegen das Waffengesetz (1) und gegen das Giftgesetz (1) gemeldet. In der Regel wurden mit den betroffenen Jugendlichen mit Einbezug ihrer Eltern pädagogische Gespräche geführt. Daraus resultierten erfreulicherweise Initiativen der Jugendlichen zur Schadenswiedergutmachung, zu gemeinnütziger Arbeit, Täter-Opfer-Vereinbarungen, die Teilnahme an einem Anti-Gewalt-Training oder eine längerfristige Betreuung durch die Jugendhilfe.

Weitere Aktivitäten des Jugendschutzbeauftragten sind:
- Mitarbeit in der Steuergruppe der Suchtpräventionskampagne;
- Weiterführung der aufsuchenden Arbeit sowohl bei Grossanlässen wie auf öffentlichen Plätzen, die von Jugendlichen häufig frequentiert werden und persönliche Kontakte zu verschiedenen Jugendszenen;
- Betreibung eines Internet-Forums zu Jugendschutzfragen (www.jugendgesetz.li);
- Sensibilisierung der Öffentlichkeit für den Jugendschutz: Öffentliche Veranstaltung für Erziehende zu Videogames in Kooperation mit dem Dachverband der Elternvereinigung im Mai am Gymnasium Vaduz sowie breite Öffentlichkeitsarbeit;
- Umsetzung des Jugendschutzes bei Grossanlässen im Zusammenwirken mit Landespolizei und Veranstaltern;
- Zusammenarbeit mit den Jugendschutzbeauftragen aus Vorarlberg und St. Gallen zur Nutzung gemeinsamer Synergien im Hinblick auf präventive Massnahmen. Auf legistischer Ebene wurden die Harmonisierungsmöglichkeiten als gering eingestuft.

Jugendpflege (Jugendförderung)

Die seit Jahren gepflegte Zusammenarbeit mit Verein Liechtensteiner Jugendorganisationen VLJ dem Jugendinformationszentrum aha und den Jugendkommissionen der Gemeinden wurde themenspezifisch weitergeführt. Mit dem VLJ standen neben Austausch und Koordination zwei Weiterbildungen für die in der Jugendarbeit Tätigen im Mittelpunkt. Dabei erfolgte eine fachliche Mitarbeit des KJD bei den Themen «Jugendszenen und ihre Bedeutung für die Jugend und die Jugendarbeit» sowie «Neue Medien- psychische Auswirkungen, Prävention und Praxis in der Jugendarbeit».

Mit den Delegierten der Jugendkommissionen sowie Vertretern der Elternvereine wurde der Gesetzesentwurf zum Kinder- und Jugendgesetz diskutiert.

Im Rahmen der Gesundheitstage im April 2006 leiteten zwei Mitarbeitende Workshops an den Weiterführenden Schulen zur Thematik Vorurteile und Rassismus.

Ein Mitarbeiter nahm auf Anfrage der Pro Lingua Klasse des 10. Schuljahres an einem «Gastgespräch» teil, bei dem er sich Fragen zu seiner Berufsbiographie und zu diversen Tätigkeiten des Kinder- und Jugenddienstes stellte.

Ein Mitarbeiter nahm nach vorangegangen Beratungsgesprächen an einer Zusammenkunft von Spielgruppenleiterinnen teil. Zur Diskussion standen Organisations- Struktur- Finanzierungs- und Aufsichtsfragen.

Ausgewählte Themen

Aus der Jugendszene gab es einige Meldungen über Jugendgewalt, rechtsradikales Verhalten und Gangbildung. Beklagt wurden einerseits das provozierende und gewalttätige Auftreten rechts denkender junger Männer, und andererseits gewaltbereites Verhalten von ausländischen Jugendlichen sowie vereinzelte Gangbildungen. Ende des Jahres fand ein Austausch zwischen Lehrpersonen, dem Schulsozialarbeiter des Schulzentrums Unterland und einem Mitarbeiter des Kinder- und Jugenddienstes statt.

Ein Mitarbeiter war als Mitglied der Gewaltschutzkommission der Regierung massgeblich bei der Schaffung des Handbuches «Jugendschutz und Gewaltprävention» für Veranstalter in den Gemeinden beteiligt. Ende Jahr wurde das Handbuch von der Vorsteherkonferenz gutgeheissen. Es soll in Zukunft in allen Gemeinden zur Anwendung kommen.

Finanzielle Förderung der Jugendpflege

Gemäss den Richtlinien zur Jugendförderung wurden acht Veranstaltungen und zwei Projekte im Kinder und Jugendbereich finanziell unterstützt. Das Jugendinformationszentrum aha erhielt für drei Praktikumsplätze finanzielle Zuschüsse. Sechs ehrenamtliche Jugendleiter erhielten eine finanzielle Unterstützung für den Besuch von Leiterkursen.

Im Bereich des Jugendleiterurlaubes wurden insgesamt 229 Personen finanziell unterstützt. Dies teilt sich wie folgt auf: 107 Personen aus dem Bereich Sport, 102 Personen aus dem Bereich der soziokulturellen Animation und 20 Personen aus dem musischen Bereich. Die Zahlen bewegen sich im Rahmen der Vorjahre.

Jugendbeteiligungsmodell «Jubel»

Nach einer Überarbeitung des ursprünglichen Konzeptes wurde das Projekt JUBEL (JugendBeteiligung Liechtenstein) von der Regierung für eine Pilotphase von drei Jahren genehmigt und das «aha - Tipps und Infos für Junge Leute» mit der Durchführung beauftragt. Das Projekt hat das Ziel, aufbauend auf einem Klassensprechermodell alle Jugendlichen stärker in die Entwicklung Liechtensteins einzubeziehen und sie aktiver am gesellschaftlichen und politischen Leben Liechtensteins zu beteiligen. Während der einjährigen Vorprojektphase (bis August 2007) wird das Projekt verschiedenen Beteiligten (Schulleitungen, Schülerinnen und Schüler, etc.) vorgestellt und die Umsetzung des Projektes geplant und vorbereitet. Die eigentliche zweijährige Projektphase startet mit Beginn des neuen Schuljahres im August 2007.

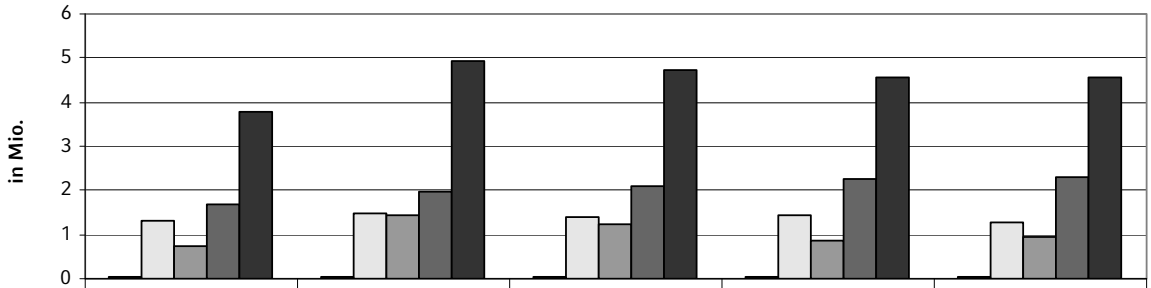
Jugendstudie 2006

Die Regierung beauftragte das Österreichische Institut für Jugendforschung in Wien zur Durchführung einer Jugendstudie. Die begleitenden Aufgaben wurden vom ASD übernommen. Die Erhebung wurde inzwischen abgeschlossen und die Ergebnisse werden im März 2007 veröffentlicht.

Die Jugendstudie 2006 soll über die Lebensbedingungen von 500 Liechtensteinischen Jugendlichen zwischen 12 und 20 Jahren Aufschluss geben. Im Rahmen einer repräsentativen Quotenstichprobe (nach Alter, Geschlecht und Bildungstyp) wird ein Einblick in die aktuelle Situation der Jungen und Mädchen, ihre Meinungen und Einstellungen möglich. Die Themenstellungen beschäftigen sich mit Beziehungen und Wertemuster, Schule / Ausbildung / Arbeitswelt, dem Geschlechterverhältnis, Liebe und Sexualität, gesellschaftlicher und politischer Partizipation, Freizeitverhalten, Probleme und Sorgen, Gewalt und Gesundheit.

Aufwand Jugendpflege, Jugendschutz, Jugendhilfe

Aufwand Kinder und Jugend 2002–2006 (Land und Gemeinden)



	2002	2003	2004	2005	2006
Jugendschutz	40 435	26 415	27 595	20 799	36 627
Jugendpflege	1 300 083	1 488 139	1 410 052	1 449 641	1 290 409
Einzelhilfe (JH)	743 670	1 441 530	1 227 814	844 455	936 931
Institutionen (JH)	1 682 216	1 968 824	2 079 671	2 247 515	2 291 971
Gesamtaufwand	3 766 404	4 924 908	4 745 132	4 562 410	4 555 938

Institutionen der Jugendhilfe sind:
– Verein für Kinderbetreuung, Planken
– Verein Kindertagesstätten Liechtenstein
– Verein Kindertagesstätten Pimbolino
– Beratungsstelle für Eltern, Kinder, Jugendliche
– Eltern-Kind-Forum
– Sozialpädagogische Jugendwohngruppe (JWG)
– Sozialpädagogische Familienbegleitung (SPF)
– Sorgentelefon
Institutionen der Jugendpflege sind:
– Liecht. Pfadfinderkorps
– Jugendtreffs der Gemeinde
– Vereinigung Liecht. Jugendorganisationen
– Bildungshaus Gutenberg
– Jugendinformationszentrum «aha»
– Nationalagentur «Jugend»

STABSSTELLE

Stabsstelle für Chancengleichheit

Stabsstellenleiterin: Bernadette Kubik-Risch

Hauptpunkte bildeten im Bereich der Gleichstellung von Frau und Mann die Vertretung von Frauen in politischen Gremien, die Chancengleichheit im Erwerbsleben und die Vereinbarkeit von Familie und Erwerb. Im Bereich Migration und Integration von Ausländerinnen und Ausländern wurden vor allem Grundlagen erarbeitet und Aufbauarbeit geleistet. Im Bereich Behinderung wurde eine Sensibilisierungsaktion gestartet. Für das Europäische Jahr der Chancengleichheit für alle (2007) wurden im Berichtsjahr von der Stabsstelle für Chancengleichheit in Zusammenarbeit mit dem Amt für Soziale Dienste Vorbereitungen getroffen.

Gleichstellung von Frau und Mann

Massnahmenkatalog
Am 14. März 2006 hat die Regierung den neunten Umsetzungsplan beschlossen. Die Umsetzung umfasste dabei die Bereiche: Bildung; Frau und Wirtschaft; Vereinbarkeit von Familie und Erwerb; Familie; Soziale Stellung; Vernetzung; Frauen in Macht- und Entscheidungspositionen; Gewalt gegen Frauen und institutionelle Mechanismen zur Frauenförderung. Die Umsetzung der Aktionsplattform wurde im Februar 2006 als fortlaufender Broschürenteil veröffentlicht.

Jubiläumsveranstaltung zu 20 Jahre Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann und 10 Jahre Stabsstelle
Das Jubiläumsprogramm vom 3. Juli 2006 haben verschiedene Frauenorganisationen und eine Amtsstelle mitgestaltet. An der Veranstaltung erhielten die rund 120 Gäste als Geschenk die Broschüre «Zahlen und Fakten, Fragen und Antworten – Frauen und Männer in Liechtenstein sowie Zuckerbeutel mit Zitaten von Frauen und Männern.

«Zahlen und Fakten, Fragen und Antworten – Frauen und Männer in Liechtenstein»
In sieben Kapiteln wird aufgrund statistischer Daten die Situation der Frauen und Männer in Liechtenstein analysiert und kommentiert. Die Themen reichen von der Bildung über die Hausarbeit und Kinderbetreuung bis zur Politik. Die Broschüre ist bei der Stabsstelle für Chancengleichheit erhältlich.

Gleichstellung lohnt sich – Informationskampagne
Im Rahmen der Umsetzung der Richtlinie 2002/73/EG wurden das Gleichstellungsgesetz und das Arbeitsvertragsrecht revidiert. Die Revision trat am 14. Juli 2006 in Kraft.

Die Informationskampagne wurde im November 2006 gestartet und dauert mindestens ein Jahr. Ziel der Kampagne ist die Sensibilisierung der Arbeitnehmenden und Arbeitgebenden für das revidierte Gleichstellungsgesetz. Sie wird von der Stabsstelle für Chancengleichheit gemeinsam mit der infra Informations- und Kontaktstelle für Frauen und dem LANV Liechtensteinischen Arbeitnehmer/innenverband durchgeführt.

Produkte der Informationskampagne sind: Die beiden neu aufgelegten Broschüren «Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz» und «Gleichstellung im Erwerbsleben»; Infoflyer für Betriebe; Inserate in beiden Landeszeitungen sowie konkrete Fallbeispiele auf der Webseite der infra, des LANV und der Stabsstelle für Chancengleichheit.

Finanzhilfen nach dem Gleichstellungsgesetz
Die infra Informations- und Kontaktstelle für Frauen erhielt Finanzhilfen für die Beratung und die Öffentlichkeitsarbeit nach dem Gleichstellungsgesetz.

Politik – Frauen in Macht- und Entscheidungspositionen

Politiklehrgang für Frauen
Der 3. länderübergreifende Politiklehrgang dauerte von Februar 2006 bis November 2006. Aus Liechtenstein nahmen sieben Frauen teil.

Gemeinderatswahl 2007
Der Frauenanteil in den Gemeinderäten beträgt seit dem Jahr 2003 27.4 Prozent. Die Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann strebte eine Erhöhung des Frauenanteils bei der Wahl 2007 an. Zu diesem Zweck führte die Kommission Gespräche mit den Medien und den Ortgruppenvorsitzenden der Fortschrittlichen Bürgerpartei und der Vaterländischen Union. Inhalt der Gespräche waren u.a. die Untersuchung von Dr. Wilfried Marxer über die «Wahlchancen von Frauen in der liechtensteinischen Politik» wie auch die Nachwahlbefragung

bei den Kandidatinnen der Landtagswahl 2005, durchgeführt vom Frauennetz. Zudem wurden auf Ressourcen wie die Datenbank Frauenpool, die Checkliste für Parteien oder den Politiklehrgang hingewiesen.

Bildung

Workshops für Jugendliche an den weiterführenden Schulen
Unter dem Titel «Internationaler Tag der Frau – Frauen machen Geschichten – Frauen bewegen Geschichte – Frauen bewegen die Welt» führte die Stabsstelle für Chancengleichheit im März 2006 in sieben Klassen (3 Klassen der Realschulen, 1 Klasse Oberschule und 3 Klassen Gymnasium) einen Workshop durch. Die Schülerinnen und Schüler waren zwischen 15 und 17 Jahre alt.

Sensibilisierung von Lehrpersonen der Unterstufe
Nach der Durchführung der Workshopreihe weder «Weder Rambo noch Softie» sollte die Zielgruppe Lehrpersonen der Unterstufe noch gezielter angesprochen werden. Dazu erarbeiteten die Stabsstelle für Chancengleichheit und das Schulamt die Weiterbildung «Mit Buben erfolgreich durch das Jahr». Der Kurs beabsichtigt in fünf Nachmittagen, Anregungen für die tägliche Arbeit mit Buben zu liefern. Der Kurs richtet sich stark auf die Praxis aus, da er über das Schuljahr verteilt ist und laufend der Arbeit im Unterricht angepasst werden kann.

Familie/Vereinbarkeit von Familie und Erwerb

Chancengleichheitspreis 2006
Am 8. März 2006 wurden die Gewinnerinnen und Gewinner des Chancengleichheitspreises 2006 ausgezeichnet.

Den ersten Preis, einen zweckgebundenen Barpreis in der Höhe von CHF 20 000, erhielt das Projekt «Familienmanager/innen – Unterwegs zur Anerkennung», der infra Informations- und Kontaktstelle für Frauen in Schaan. Ein Anerkennungspreis mit CHF 3 000 bzw. CHF 2 000 ging an das Projekt «deine – meine = unsere Sprache» des Vereins Kindertagesstätten Liechtenstein sowie an das Projekt «Chancengleichheit an der Hochschule» der Kommission für Chancengleichheit an der Hochschule Liechtenstein.

Interpellationsbeantwortung betreffend Familie und Beruf in Liechtenstein
Am 20. September 2006 wurde eine Interpellation betreffend Familie und Beruf in Liechtenstein eingereicht, im Rahmen welcher die Stabsstelle mit Abklärungs- und Koordinationsaufgaben befasst war.

Männer im Gleichstellungsprozess – Projektgruppe MannsBilder
Die Stabsstelle für Chancengleichheit ist Koordinations- und Administrationsstelle für die Projektgruppe «MannsBilder». Zentrales Thema bildete das Thema Scheidung und die gemeinsame Obsorge. Aus den Projektgeldern der Gruppe MannsBilder wird eine unentgeltliche Rechtsberatung für Männer über den Verein Netzwerk angeboten. 27 Männer haben im vergangenen Jahr die Rechtsberatung in Anspruch genommen.

Vätertag
Das Projekt Vätertag wurde mittlerweile in Betrieben und an Schulen dreimal durchgeführt. Für die Auswertung wurden rund 300 Betriebe und alle Schulen und Kindergärten des Landes angeschrieben. Wie der Vätertag ab 2007 weitergeführt wird, ist anfangs 2007 zu entscheiden.

Gewalt gegen Frauen

Notfallkarten
Aus dem Interreg-Projekt «Grenzen überschreiten – Grenzen setzen» wurden die Produkte «Notfallkarte» und der Leitfaden für Angehörige und Freunde/innen an verschiedene öffentliche Stellen versandt.

Kampagne des Europarates gegen Gewalt an Frauen
Die Landtagsabgeordneten wurden im November 2006 durch eine Plakataktion des Vereins zum Schutz misshandelter Frauen und deren Kinder in Zusammenarbeit mit dem Landtagssekretariat und der Stabsstelle für Chancengleichheit auf die Problematik Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt aufmerksam gemacht.

Soziale Stellung der Frau

Interreg-Projekt Frauenleben 50+ in Vorarlberg, Liechtenstein und St. Gallen
Ziel des Projekts ist es, die unterschiedlichen Lebenssituationen und Bedürfnisse von Frauen und Männern im Alter ab 50 zu erkennen und entsprechende Angebote für Frauen und möglicherweise auch für Männer auszubauen bzw. anzubieten. Das Projekt dauert von Januar 2006 bis Juni 2008.

Im Berichtsjahr konnte die geplante Studie ausgeschrieben und vergeben werden. Unter Einbezug eines Fachbeirats wird die Projektgruppe Massnahmen aus den Ergebnissen ableiten. Die Ergebnisse sind bis Frühjahr 2007 zu erwarten.

Vernetzungen/Zusammenarbeit

Ständige Arbeitsgruppe zur Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann in der Landesverwaltung
Die Arbeitsgruppe traf sich zu sechs Sitzungen. Die im November 2005 gestartete Plakatkampagne «gleichgestellt entspannt sich s leichter» wurde im Februar 2006 abgeschlossen. Sie thematisierte die Vereinbarkeit von Familie und Erwerb, sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz sowie Frauen in Führungspositionen.

Zudem setzte sie sich mit Weiterbildungsideen zum Thema Vereinbarkeit von Familie und Erwerb sowie

Rollenbilder auseinander und brachte als Resultat für das Weiterbildungsangebot 2007/2008 beim Amt für Personal und Organisation einen Vorschlag ein.

Die Stabsstelle für Chancengleichheit und die Arbeitsgruppe zur Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann in der Landesverwaltung haben Dr. Wilfried Marxer vom Liechtenstein Institut beauftragt, eine Lohngleichheitsuntersuchung in der Landesverwaltung durchzuführen. Erste Ergebnisse sind bis Frühjahr 2007 zu erwarten.

Im Weiteren gab die Arbeitsgruppe gemeinsam mit der Stabsstelle für Chancengleichheit und der Gleichstellungskommission eine Stellungnahme zur Abänderung des Gesetzes über die Pensionsversicherung des Staatspersonals ab. Eine weitere Stellungnahme der Arbeitsgruppe und der Stabsstelle befasste sich mit dem Staatspersonalgesetz.

Frauennetz Liechtenstein

Die Aktivitäten des Frauennetzes standen 2006 ganz im Zeichen von «DemoGrazia» dem Preis für Zivilcourage. Im Oktober 2006 wurde der Preis erstmals vergeben. Der Internationale Tag der Frau 2006 wurde wiederum vom Frauennetz geplant und durchgeführt.

Länderübergreifende Vernetzung

Die Stabsstelle für Chancengleichheit ist Mitglied der Gleichstellungskonferenz der Ostschweizer Kantone und des Fürstentums und der Eidgenössischen Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten. Enge Vernetzungen im Rahmen von Projekten (wie 3Ländergender oder Frauennetzwerken) werden mit dem Frauenreferat Vorarlberg, der Gleichberechtigungsstelle Chur und St. Gallen gepflegt.

Gender Mainstreaming

Das Interreg-Projekt «Ländergender»

Das dreijährige Projekt konnte 2006 abgeschlossen werden. Die Strategie von 3Länder-Gender bestand darin, die grenzüberschreitende Sensibilisierung durch konkrete Umsetzungsbeispiele zu Gender Mainstreaming zu fördern, ein entsprechendes Netzwerk an Trainer/innen sowie Experten/innen aufzubauen, eine Datenbank für Materialien zur Umsetzung von Gender Mainstreaming zur Verfügung zu stellen (www.laendergender.org) sowie die grenzübergreifenden thematischen Veranstaltungen zu organisieren.

Am 13. Januar 2006 wurden an der Tagung «Länderübergreifendes Gender Mainstreaming in Politik und Verwaltung» die Umsetzungsbeispiele vorgestellt. An der länderübergreifenden Veranstaltung nahmen rund 90 Personen aus Regierungskreisen und führenden Positionen teil.

Im September 2006 konnte die Broschüre «Ländergender - Beispiele für die Umsetzung von Gender Mainstreaming in den Verwaltungen von Liechtenstein, St. Gallen und Vorarlberg» realisiert werden.

Gleichstellungscontrolling

Das Amt für Berufsbildung stellte sich als erstes Pilotamt zur Einführung des Gleichstellungscontrollings zur Verfügung. Die Regierung hat im April 2006 den ersten Zwischenbericht zur Kenntnis genommen. Es wurde vorgeschlagen, dass das Amt für Berufsbildung ein Gleichstellungsziel in den Leistungsdialog 2006/2007 aufnimmt. Im Weiteren wurde die Stabsstelle für Chancengleichheit und das Amt für Personal und Organisation beauftragt, der Regierung ein zweites Pilotamt vorzuschlagen. Im November 2006 wurde mit dem Amt für Umweltschutz das Analyse-Interview zum Gleichstellungscontrolling durchgeführt.

Integration von Ausländerinnen und Ausländern

Koordination

Seit Oktober 2005 ist bei der Stabsstelle für Chancengleichheit der Bereich Migration/Integration mit einer Fachperson (60%) besetzt. Diese ist zwecks Koordination der verwaltungsinternen Integrationsbestrebungen in der Arbeitsgruppe gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit und in der nationalen Koordinationsgruppe der Jugendkampagne des Europarats «alle anders – alle gleich» (2006) vertreten. Sie führt die Geschäfte der Kommission für Chancengleichheit und hat den Vorsitz der Projektgruppe «Integration» inne.

Projektgruppe «Integration»

Diese Gruppe begleitet die vom Ressort Inneres vorzunehmende Revision des Landesbürgerrechts sowie die vom Ressort Präsidium unter Federführung des Ausländer- und Passamtes durchzuführende Erarbeitung des neuen Ausländergesetzes. Die Gruppe hat die Aufgabe, die beiden Gesetzesvorhaben unter dem Aspekt der Integration zu beurteilen und der Regierung Bericht zu erstatten.

«alle anderscht – alle gliich»

Liechtenstein beteiligte sich im Berichtsjahr an der zum zweiten Mal durchgeführten Jugendkampagne des Europarats «alle anders – alle gleich». An der Kampagne, die ihren Fokus auf Vielfalt, Menschenrechte und Jugendpartizipation legte, nahmen folgende Projekte teil: der Verein Nudos mit dem Projekt «Liechtenstein geht fremd», die Gruppe Colorida mit einer Petition und Veranstaltung gegen Rechtsradikalismus, der Verein Liechtensteiner Jugendarbeiter/innen (VLJ) mit dem «Newcomer-Konzert», die Bocciagruppe von Special Olympics mit einem zweitägigen Boccia-Anlass und die Primarschule Ruggell mit dem Musical «König der Löwen». Die Kampagne, welche vom Amt für Soziale Dienste und der Stabsstelle für Chancengleichheit koordiniert wurde, wird in Liechtenstein im Februar 2007 mit einer öffentlichen Prämierung der Projekte abgeschlossen.

Plakatkampagne «Ohne Ausgrenzung»
Zusammen mit der Arbeitsgruppe gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus führte die Stabsstelle für Chancengleichheit die von der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus freundlicherweise zur Verfügung gestellte Kampagne «Ohne Ausgrenzung» auch in Liechtenstein durch. Die Plakatkampagne wurde am 20. März 2006 mit einer Pressekonferenz eröffnet und dauerte bis Mitte April 2006.

Arbeitskreis Integration
Im November 2006 traf sich unter dem Vorsitz der Stabsstelle für Chancengleichheit erstmals der Arbeitskreis Integration. Für die Mitarbeit im Arbeitskreis Integration wurden alle Ausländer/innenvereine und Nichtregierungsorganisationen eingeladen, die sich mit dem Thema Integration befassen. Ein erstes gemeinsames Projekt stellt die Pressekampagne «In Liechtenstein daheim» dar, die im Rahmen des Europäischen Jahres der Chancengleichheit 2007 realisiert werden soll.

Migration von A bis Z
Für die vom Liechtensteinischen Landesmuseum anlässlich der Souveränitätsfeierlichkeiten herausgebrachte Publikation «Das Fürstentum Liechtenstein, 1806 – 2006» schrieb Veronika Marxer einen Beitrag mit dem Titel «Migration von A bis Z». Es handelt sich um einen Überblick über die Themen Migration und Integration in Liechtenstein.

Gruppe Colorida
Die Stabsstelle für Chancengleichheit begleitet gemeinsam mit der Informationsstelle «aha - Tipps und Infos für junge Leute» eine Gruppe von Jugendlichen, die sich gegen Rechtsradikalismus und Rassismus einsetzen. Im Oktober 2006 überreichte die Gruppe zu Handen des Landtags eine Petition mit über 1000 Unterschriften, in welcher eine Verschärfung der Anti-Rassismusnorm (§ 283 StGB) gefordert wird.

Finanzielle Unterstützungen
Die Stabsstelle für Chancengleichheit unterstützte das Filmprojekt «Ausländische Kinder in einer Deutschklasse» sowie den vom marokkanischen Verein organisierten Vortrag «Islam und Okzident» mit einem finanziellen Beitrag. Auch die Arbeitsgruppe gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sowie das Ausländer- und Passamt leisteten finanzielle Hilfe im Integrationsbereich.

Behinderung

Sensibilisierungskampagne – Zeitungsseite «mittendrin»
Im November 2006 startete die Stabsstelle für Chancengleichheit eine Sensibilisierungskampagne zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen. Ziel der Kampagne ist die Sensibilisierung der Bevölkerung für verschiedene Behinderungsarten. Unter der Federführung der Stabsstelle für Chancengleichheit wurde ein 10-köpfiges Redaktionsteam gebildet, das vorwiegend aus Menschen mit einer Behinderung besteht. Das Redaktionsteam veröffentlicht alle zwei Monate eine Zeitungsseite mit dem Titel «mittendrin» – und will die Bevölkerung auf die Anliegen, Bedürfnisse und Wünsche von Menschen mit Behinderungen sensibilisieren. Am 6. November wurde die Projektidee sowie die gesamte Gruppe in einer Medienkonferenz vorgestellt. Am 9. November 2006 erschien die erste Seite mit dem Titel «mittendrin und doch draussen» und im Dezember 2006 wurde eine Weihnachtsausgabe herausgegeben. Dabei schilderten verschiedene Menschen mit Behinderungen wie sie Weihnachten erleben oder wie sich die Weihnachtszeit für sie durch ihre Behinderung verändert hat.

Chancengleichheit übergreifend

Europäisches Jahr der Chancengleichheit für alle (2007)
Liechtenstein beteiligt sich am «Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle». Das Europäische Jahr will die Botschaft verbreiten, dass alle Menschen Anspruch auf Gleichbehandlung haben, unabhängig von Geschlecht, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Ausrichtung.

Die Stabsstelle für Chancengleichheit ist gegenüber der Europäischen Kommission die nationale Koordinationsstelle. Auf nationaler Ebene sind die Stabsstelle und das Amt für Soziale Dienste mit der Umsetzung betraut. Im Oktober 2006 wurde eingeladen, Projekte für das EU-Jahr einzureichen. Insgesamt sind acht Projekte aus den Bereichen Gender, Behinderung, Herkunft und Religion eingereicht worden. Das Amt für Soziale Dienste und die Stabsstelle für Chancengleichheit haben weitere zehn Projekte bzw. Studien vorbereitet. Die Auftaktveranstaltung zum Europäischen Jahr der Chancengleichheit fand am 12. Februar 2007 statt.

Kontakte und Anregungen
Insgesamt haben sich 197 Personen an die Stabsstelle für Chancengleichheit gewandt. Dabei waren 90 Anfragen von Privaten, 79 von Organisationen und 28 aus der Landesverwaltung.

KOMMISSIONEN

Kommission für Chancengleichheit

Vorsitzender: Regierungssekretär Norbert Hemmerle

Die Kommission für Chancengleichheit, welche für die ämterübergreifende Koordination von Fragen der

Chancengleichheit zuständig ist und die sich aus den Leiterinnen und Leitern der mit diesen Themen befassten Amtsstellen zusammensetzt, führte im Berichtsjahr vier Sitzungen durch. Den Schwerpunkt bildete die Erarbeitung eines Entwurfes für ein Grundsatzpapier der Regierung zur liechtensteinischen Integrationspolitik.

Das von der Kommission erarbeitete Reglement, in welchem unter anderem die Ziele, Aufgaben, Zuständigkeiten sowie die Zusammenarbeit mit der Stabsstelle für Chancengleichheit geregelt sind, wurde von der Regierung am 21. Februar 2006 genehmigt. Gemäss der in diesem Reglement formulierten Zielsetzung legt die Kommission die Strategien zur Erreichung der Chancengleichheit fest, erarbeitet ämterübergreifende Problemlösungen und stellt sicher, dass die notwendigen Ressourcen zur Verfügung stehen.

Der Entwurf für ein integrationspolitisches Leitpapier wurde der Regierung anfangs 2006 unterbreitet. Das integrationspolitische Leitpapier soll als Richtschnur für alle künftigen integrationspolitischen Bemühungen gelten. Die Regierungsmitglieder haben zum Entwurf der Kommission ausführlich Stellung genommen. Anschliessend wurde der Entwurf von der Kommission unter Berücksichtigung der Abänderungswünsche der Regierungsmitglieder überarbeitet. Eine wichtige Abänderung betraf die Umbenennung des integrationspolitischen Leitpapiers in ein Grundsatzpapier der Regierung. Im Weiteren wurde der Entwurf präzisiert und gestrafft. Die Verabschiedung zu Handen der Regierung wurde auf die erste Sitzung der Kommission im Jahre 2007 festgelegt.

Im Berichtsjahr beschloss die Regierung die Durchführung eines Projektes zur Ausarbeitung von gesetzlichen Regelungen betreffend die Integration von ausländischen Staatsangehörigen. In die entsprechende Projektgruppe wurden auch zwei Mitglieder der Kommission für Chancengleichheit bestellt. Die Kommission wurde als Steuerungsgruppe des Projektes eingesetzt. Die entsprechenden Arbeiten werden voraussichtlich im Jahre 2007 abgeschlossen.

Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann

Vorsitzende: Martha Spiegel

Die Kommission trat im Berichtsjahr zu
– acht Sitzungen als Gesamtkommission
– zwei Treffen mit Regierungsrätin Rita Kieber-Beck
– je einem Meeting mit den Ortsgruppenvorständen der Parteien (FBP und VU)
zusammen.

Arbeitsschwerpunkte

Die Kommission setzte sich im Hinblick auf die Gemeinderatswahlen 2007 folgendes Ziel:

Je 1 Frau als Vorsteherin im Unter- und Oberland sowie die Erhöhung des Frauenanteils in den Gemeinderäten von 30 % auf 40 %.

Die Kommission führte zur Zielerreichung folgende Massnahmen bzw. Veranstaltungen durch:
– Gespräche mit den Ortsgruppenkonferenzen der FBP und der VU
  Diese Gespräche dienten zur Sensibilisierung der Parteileitungen sowie der Ortsgruppenvorsitzenden, um den Frauenanteil in den Gemeinderatsstuben zu erhöhen und wurden im Januar 2006 durchgeführt.
– Auf Grund einer Anregung aus den Gesprächen mit den Ortsgruppen hat die Gleichstellungskommission einen Zeitungsartikel verfasst, der die Frauen zu einer Kandidatur ermutigen sollte.

Weitere Medienarbeit:
– Interview im Liecht. Volksblatt mit der Vorsitzenden der Gleichstellungskommission und mit Karin Rüdisser im Liecht. Vaterland.
– Radio-Interview am 19. Juni 2006 im Sendegefäss «Zur Sache» – mit der Vorsitzenden der Gleichstellungskommission sowie der Schaaner Gemeinderätin Karin Rüdisser.
– Am 20. März 2006 fand das Treffen mit Regierungsrätin Rita Kieber-Beck statt. Auch bei diesem Treffen war das Hauptthema die Ermutigung von Frauen für die Gemeindewahl 2007, weiters die Vertretung von Frauen und Männern in Landeskommissionen sowie die Jubiläumsveranstaltung vom 3. Juli 2006 – 30 Jahre Gleichstellung von Frau und Mann – 20 Jahre Gleichstellungskommission und 10 Jahre Stabsstelle.
– Es wurde am 20. Juni 2006 bzw. am 22. Juni 2006 je ein Info-Abend mit Mandatarinnen aus allen drei Parteien in Mauren und in Schaan organisiert. Ziel dieser Infoabende war wiederum, Frauen für die Kandidatur als Gemeinderätin zu ermutigen.
– Inserat in den Landeszeitungen mit den Kandidatinnen aller drei Parteien.

Am 20. Juni 2006 wurde von der Regierung die Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann neu bestellt.

Als Schwerpunkte der neu gewählten Gleichstellungskommission werden folgende Themen festgelegt:
– Kommissionsbesetzungen
– Öffentlichkeitsarbeit

Am 18. August 2006 trafen sich die neugewählten sowie die scheidenden Mitglieder der Gleichstellungskommission zu einem Treffen mit Regierungsrätin Rita Kieber-Beck. Es wurden Themen wie die Erhöhung des Frauenanteils bei den Gemeinderatswahlen 2007, Kommissionsbesetzungen etc. diskutiert.

Die Jubiläumsveranstaltung – 30 Jahre Gleichstellung von Frau und Mann – 20 Jahre Gleichstellungskommission und 10 Jahre Stabsstelle wurde am 3. Juli 2006 mit

grossem Erfolg in Zusammenarbeit mit der Stabstelle für Chancengleichheit und dem Frauen-Netzwerk durchgeführt.

Im Herbst 2006 wurde der Frauenanteil in den Kommissionen der einzelnen Gemeinden untersucht.

Diese von der Stabstelle für Chancengleichheit erstellte Auswertung wurde den Mitgliedern der einzelnen Ortsgruppen-Vorstände zugestellt. Gleichzeitig wurden sie im Begleitschreiben gebeten, den von der Gleichstellungskommission avisierten Frauenanteil von 40 % bei den Kommissions-Neubesetzungen ebenfalls einzuhalten.

Laut der Auswertung (Staatskalender 2006) hat sich der Frauenanteil in den Landeskommissionen nochmals verringert. Regierungsrätin Rita Kieber-Beck wurde mit einem Schreiben auf diesen Sachverhalt aufmerksam gemacht, da es das Ziel der Regierung ist, dass bis Ende 2006 der Frauenanteil in den Landeskommissionen 30 % und bis Ende 2010 50 % beträgt.

Es wurde aufgrund der positiven Rückmeldungen der Kursbesucherinnen wiederum beschlossen, einen Politiklehrgang für Frauen in Zusammenarbeit mit dem Frauenreferat der Vorarlberger Landesregierung anzubieten und durchzuführen.

Zielgruppe sind Frauen, die in Institutionen, Parteien, öffentlichen Gremien, Organisationen etc. aktiv sind oder sich künftig engagieren wollen. Der Politiklehrgang will Frauen befähigen und ermutigen, ihre Anliegen und Potenziale in politischen Gremien und in der Öffentlichkeit einzubringen.

Der Politiklehrgang 2006 konnte am 24. November 2006 mit der Zertifikatsübergabe durch die Vorsitzende abgeschlossen werden.

Vernehmlassungen

Im Rahmen der im Jahre 2006 durchgeführten Vernehmlassungsverfahren befasste sich die Kommission für die Gleichstellung von Mann und Frau mit der

– Revision Invalidenversicherungs-Gesetz
– Teilrevision Berufsbildungsgesetz
– Abänderung Gesetz über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal

und gab – zum Teil mit der Stabsstelle für Chancengleichheit - gemeinsame Stellungnahmen an die Regierung ab.

Teilnahme an Veranstaltungen

8. März – Tag der Frau

Öffentlichkeitsarbeit

Rene B. Ott vertrat die Kommission in der Jury für den Anerkennungspreis der Regierung zur Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann «Chancengleichheitspreis».

Jugendrat

Vorsitzender: Dr. Marcus Büchel

Der Jugendrat ist gemäss Jugendgesetz ermächtigt, Massnahmen der freiwilligen Einzelhilfe anzuordnen, sowie Massnahmen der gesetzlichen Einzelhilfe beim Landgericht zu beantragen. Dementsprechend wendet sich der Kinder- und Jugenddienst in Fällen, in denen Zwangsmassnahmen gegen den Willen der Eltern angezeigt sind, an den Jugendrat. Im Berichtsjahr musste sich der Kinder- und Jugenddienst mit keinem derartigen Fall an den Jugendrat wenden.

Es wird auch festgestellt, dass der Jugendrat selten Anlass hatte sich zu versammeln. Der Jugendrat nimmt zur Kenntnis, dass der Aufgabenbereich, die fachliche Kompetenz und die organisatorische Einbindung des Amtes für Soziale Dienste sich aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklung gewandelt haben. Der Jugendrat anerkennt diese Entwicklung.

Der Jugendrat erörterte eingehend den Vernehmlassungsbericht zum neuen Kinder- und Jugendgesetz. Er äusserte sich positiv zum Vorschlag der Schaffung einer Ombudsstelle für Kinder- und Jugendfragen sowie für die Einrichtung eines Kinder- und Jugendbeirates. Mit dem Kinder- und Jugendbeirat soll neu ein Laienorgan im Kinder- und Jugendbereich aktiv sein, das eine breite Mitwirkung der Bevölkerung ermöglicht. Der Kinder- und Jugendbeirat übernimmt auch die Aufgabe als Beratungsorgan der Regierung sowie weitere Aufgaben zur Förderung der Partizipation von Jugendlichen.